

Sozialpartnerschaft und Parität

Gemeinsam nach Lösungen suchen

Welche Bedeutung hat die Sozialpartnerschaft in der Schweiz?

Kurt Gfeller: Generell eine grosse, nicht nur in der 2. Säule. Die Sozialpartner suchen zusammen nach Lösungen, statt sie dem Gesetzgeber zu überlassen. Wenn es gelingt, gut. Wenn nicht, geht man ohne Groll auseinander. Es gibt immer Felder, in denen man gemeinsame Interessen hat und gut zusammenarbeitet. Ich erlebe die Sozialpartnerschaft positiv und bezeichne sie als einen der Trümpfe der Schweiz.

Eliane Albisser: Die Sozialpartnerschaft ist eine Errungenschaft. Im Alltag ist die Sozialpartnerschaft weitreichend, man kennt sich gut aus verschiedenen Gremien. Entscheidend ist, dass die Parität im Stiftungsrat aber auch wirklich gelebt wird. Die Parität ist eine Chance und eine Verpflichtung.

Wie erleben Sie die Parität in der Praxis?

Albisser: Ganz unterschiedlich. Ich sehe zum Beispiel die Gefahr, dass die Parität beschädigt ist, wenn die verschiedenen

Arbeitnehmerkategorien im Stiftungsrat nicht angemessen vertreten sind. Oder man muss schauen, wie im Stiftungsrat das Verfahren bei Stimmengleichheit und der Wechsel des Vorsitzes geregelt sind. In betriebseigenen Kassen kann es für Stiftungsräte eine Herausforderung sein, der Chefin zu widersprechen. Auch deshalb begrüsse ich es, wenn Vertreterinnen und Vertreter aus Personalverbänden und Gewerkschaften Einsitz in Stiftungsräten nehmen können. Bei Sammelstiftungen im

«Ich erlebe die Sozialpartnerschaft positiv und bezeichne sie als einen der Trümpfe der Schweiz.»

Kurt Gfeller

Vizedirektor Schweizerischer Gewerbeverband sgv



Wettbewerb habe ich ganz grundsätzliche Fragezeichen, ob sie wirklich paritätisch geführt werden. Es gibt einen massiven Wettbewerb um Versichertenbestände und man ist weit weg vom Verständnis, dass man sich in einer Sozialversicherung befindet. Ich höre immer wieder, dass es in Sammel- und Gemeinschaftsstiftungen nicht darauf ankommt, ob man Arbeitgeber- oder Arbeitnehmervertretende ist.

Und stimmt das?

Albisser: Nein. Ich finde wichtig, dass auch in Sammelstiftungen im freien Markt akzeptiert ist, dass es unterschiedliche Interessen gibt und man sich nicht nur auf die Kassenfinanzierung fokussiert, sondern auch den sozialpolitischen Gehalt der Entscheide integriert. Gerade die komplizierten Strukturen und die unterschiedlichen Kompetenzen zwi-

schen dem Stiftungsrat und Vorsorgekommissionen erschweren dies zum Teil. Und in Vorsorgekommissionen gibt es ein riesiges Potenzial, die Mitglieder auszubilden, sodass auch diese Gremien effektiv paritätisch geführt werden.

Gfeller: Dort, wo ich aktiv dabei bin, funktioniert die Parität gut. Früher gab es in etlichen Stiftungsräten fast doppelt so viele Arbeitgeber- wie Arbeitnehmervertreter. Mit der 1. BVG-Revision kam die Parität und das ist richtig so. Arbeitnehmer und Arbeitgeber zahlen beide Beiträge. Ich sehe aber das Problem einer Zweiklassengesellschaft bei Stiftungsräten: Einerseits BVG-Profis, die den Ton angeben, andererseits solche, die sich am Rande mit der 2. Säule befassen und wenig Input liefern. Manchmal habe ich das Gefühl, dass bei der Auswahl der Stiftungsräte die Zugehörigkeit zum Ver-

band wichtiger ist als die fachlichen Kompetenzen. Ich würde es jedoch nicht gut finden, Profi-Stiftungsräte heranzuzüchten. Stiftungsräte sollen aus dem Betrieb kommen und die Interessen der Angestellten vertreten.

Albisser: Bezüglich Profi-Stiftungsrätinnen bin ich einverstanden, aber aus einem anderen Grund: Wir haben die Motion Silberschmidt, die vom Ständerat nun abgelehnt wurde, bekämpft, weil sie ein Angriff auf die Milizstruktur darstellte. Und zudem war sie ein Steilpass für die Finanzindustrie, sich in der 2. Säule noch besser zu positionieren.

Sehen Sie Unterschiede bezüglich Vorsorgewissen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern?

Gfeller: Vorsorgewissen ist rar. Man muss es sich aneignen. Der Arbeitgeber hat eine grössere Auswahl an kompeten-



«Entscheidend ist, dass die Parität im Stiftungsratsalltag auch wirklich gelebt wird.»

Eliane Albisser

Geschäftsführerin PK-Netz

ten Leuten, weil Personen wie beispielsweise der Finanzchef im Stiftungsrat vertreten sind. Langjährige Arbeitnehmervertreter verfügen auch über ein grosses Wissen.

Albisser: Arbeitgebervertretende haben nicht unbedingt mehr Vorsorgewissen, da man sich dieses aneignen muss. Wichtig sind ein gutes Grundlagewissen und stetige Weiterbildung. In Vorbereitungssitzungen findet der Meinungsbildungsprozess statt, um im Stiftungsrat geeint auftreten zu können. Divers zusammengesetzte Stiftungsräte sind gut, um verschiedene Perspektiven einzubringen. Es braucht also meiner Meinung nach auch junge Stiftungsrätinnen.

Gibt es unterschiedliche Interessen bei Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern?

Gfeller: Arbeitnehmervertreter sind zum Beispiel eher für höhere Verzinsungen. Aber man findet sich in der Regel.

Albisser: Eine konstruktive Zusammenarbeit auf Augenhöhe ist relevant. Bei Themen wie Anpassungen der technischen Parameter ist es wichtig, dass arbeitnehmerseitige Stiftungsräte Impulse setzen und über Leistungen sprechen. Ich finde es schwierig, wenn es viele verschiedene Vorsorgepläne gibt. Es erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass man sich nicht mehr um das Kerngeschäft kümmern kann.

Gfeller: Die Pläne hängen von den Bedürfnissen der Arbeitnehmer ab. Nur ein Plan ist das einfachste für Arbeitgeber.

Albisser: Individualisierung tönt interessant für die einzelnen Versicherten, aber wir müssen uns mehr auf das Leistungsziel konzentrieren. Welche Leistungen wollen wir gewährleisten und welche Lohnbeiträge sind zumutbar? Der Vor-

sorgeplan muss auch für untere Einkommen funktionieren.

Was halten Sie von der aktuellen BVG-Reform?

Albisser: Sie ist zu teuer für schlechte Leistungen.

Gfeller: Die Reform gefällt uns nicht. Der ursprüngliche Vorschlag war kein Sozialpartnerkompromiss, so wurde es nur verkauft. Der Gewerbeverband hat sich klar davon distanziert und beim Arbeitgeberverband stand nur ein Teil dahinter.

Albisser: Es ist sicher ein Schönheitsfehler, dass der Gewerbeverband gegen den Sozialpartnerkompromiss war. Ich fand es aber erschreckend, wie der Kompromiss nachher zerpfückt wurde. Es wurden verschiedene Alternativmodelle aus der Branche präsentiert. Ich bin aber der Meinung, dass die Sozialpartner, die die Kassen führen und finanzieren, den Inhalt der Reform vorschlagen sollten.

Wie sehen Sie die Zukunft der BVG-Reform?

Albisser: Das Referendum kommt zustande und die Abstimmung ist zu gewinnen. Es gibt eine breite Allianz, die der Reform aus unterschiedlichen Gründen skeptisch bis ablehnend gegenübersteht. Alliance F wird versuchen, die Reform als Frauenvorlage zu verkaufen, aber man kann die Vorlage nicht anhand eines Parameters (Koordinationsabzug) bewerten. Was zählt, ist das Gesamtpaket.

Gfeller: Am besten wäre die Vorlage schon in der Schlussabstimmung gescheitert. Wir werden die Parole im Oktober fällen, es sieht im Moment eher nach Nein aus. BVG-Vorlagen haben es generell schwer, die Leute verstehen das

nicht. Es ist dumm, technische Parameter ins Gesetz zu schreiben. Da könnte man auch ins Gesetz schreiben, dass man im Sommer x Tage Anrecht hat auf Sonnenschein. Der Gewerbeverband wehrte sich daher im Rahmen der 1. BVG-Reform dagegen, dass der Umwandlungssatz ins Gesetz kommt.

Albisser: Da bin ich diametral anderer Meinung. Die 2. Säule ist eine Sozialversicherung mit einem Verfassungsauftrag. Der Umwandlungssatz ist ein wichtiger Parameter und schützt Personen, die im oder nahe dem Obligatorium versichert sind. Wir sollten viel mehr über Leistungen sprechen. Und der Umwandlungssatz ist in dem Zusammenhang eine wichtige Garantie.

Was kommt danach?

Gfeller: Ich gehe davon aus, dass bei einer Ablehnung der BVG-Reform lange nichts mehr passieren wird. Gewisse Kassen wie die Auffangeinrichtung werden Probleme bekommen und die Umverteilung wird weitergehen. Stark überobligatorische Kassen sind nicht betroffen. Mir tun vor allem die Versicherten leid, die knapp über dem Obligatorium versichert sind und mit der heutigen Regelung viel Geld verlieren. |

Interview und Foto: Judith Yenigün-Fischer